

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckort: Dresden.  
Verlagsnummer: 25 241  
Für die Nachdrucke: 20 011.

**Lebeck's** - **Dreieck-**  
Kakao, Schokolade,  
Konfitüren, Zuckerwaren.  
Firma near. 1923 \* 16 mal neuverpackt.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:  
Marianenstr. 38/40.  
Berlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Num. 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15.7.24 bei 100, zweimal, Juli, drei Baus 1,50 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 11palt. Nummer, Preis 30,-, ausm. 24. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Postbezugspreis 1. Monat Juli 3,00 G.-M. Einzelnummer 10 G.-Pfg. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die 11palt. Nummer, Preis 30,-, ausm. 24. Familienanzeigen u. Stellenangebote ohne Postbezugspreis 1. Monat Juli 3,00 G.-M. Einzelnummer 10 G.-Pfg. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig — Inverlegte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**Hotel Bellevue** Jeden Mittwoch Abend Reunion

Nachmittagtee, Mittag- und Abend-  
tisch im Garten, auf der Terrasse  
und im Terrassensaal an der Elbe  
Bekannte vornehme Tafelmusik

## Frankreichs Sabotage der Ruhrarmee.

### Die außerordentlich schwierige Finanzlage des Reiches.

#### Wichtige Maßnahmen des Reichskabinetts hinsichtlich der Gutachtenesehe. — Vermehrung der Mitglieder der Kontrollkommission.

### Die Amnestie eine leere Geste Herrriols.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)  
Berlin, 1. Juli. Es setzt sich jetzt auf deutschsicht, daß die große Geste des neuen französischen Ministerpräsidenten, den Ausgewiesenen die Rhein- und Ruhrgebiete wiederzugeben zu wollen, tatsächlich nichts anderes als eine Geste war. Die bei weitem größte Zahl der sogenannten „Rückkehrer“ kann tatsächlich gar nicht zurückkehren, weil ihre Wohnungen von der Besatzungsbehörde beschlagnahmt sind, und im besetzten Gebiete infolge der Anforderungen der fremden Militär- und Militärbehörden eine unacheneure Wohnung not herrscht. Außerdem ist noch, wie bekannt, für jeden einzelnen eine besondere Rückkehrerlaubnis nötig. Von den Beamten entfällt der größte Teil auf die Eisenbahner, von deren Wohnungen in die Hälfte für die Militärbehörden und von der zweiten Hälfte ein großer Teil für die französischen und belgischen Rekrutierungsbüros beschlagnahmt. Die Regierung lehnt die Uebernahme der deutschen Eisenbahner ab. Praktisch kommen also die Eisenbahner nur in verschwindend geringer Zahl für die Rückkehr in Frage. Die Rückkehrenden würden nicht nur obdachlos, sondern auch beschäftigungslos sein. Mehr und mehr zeigt sich, daß der „Madonnenakt“, von dem in manchen Kreisen Deutschlands so viel Aufhebens gemacht wird, eigentlich kaum etwas anderes, als eine Farce darstellt.

### Urnentage und Sport unter Entente-Kontrolle

In den nächsten Monaten wird Deutschland, vielleicht ohne daß man in der Öffentlichkeit Bewußtes davon wahrnimmt, der Gegenstand ausgedehnter und eindringlicher Entente-Kontrollen sein. Die von der Reichsregierung angelassene Generalinspektion des deutschen Militärs, ein in der Geschichte überragendes Beispiel von Vorgesand, wird es mit sich bringen, daß zahllose Prüfungs-Kommissionen unter französischer Führung sich über das Land erheben und alles ad notum nehmen, was ihnen den Verdacht oder Verdächtig erweckt. Ganz gewiß werden diese Beauftragten einer krankhaften Angst vor deutschen Neuansehensbestrebungen nicht nur an Kasernen und Munitionsfabriken klopfen, sondern werden überraschend in chemischen und technischen Werken vorstößen, um nach Material für ihren übertrieben empfindlichen Argwohn zu forschen. Und wehe uns, wenn es ihrer schnellläufigen, zynischen Propaganda gelänge, gewisse zufällige Absonderlichkeiten, auf die sie hoffen, zu Vertragswidrigkeiten aufzubauschen, aus denen der Anlaß zu weiteren Inspektionen und zu neuen Vorberungen hergeleitet werden könnte. Wir würden erneut als heimliche Brandstifter hingerichtet werden, die den Funken künftigen Weltbrandes im Verborgenem nähren und wir würden über Jahr und Tag hinaus die auf diktatorischen Machtpruch der Entente-Kontrollen hin sich vollziehende Kontrollinspektion nicht loswerden.

### Urnentage und Sport unter Entente-Kontrolle

Die Gefahr solcher Möglichkeiten ist zweifellos außerordentlich groß und drühend. Aber sie belastet uns augenblicklich innerlich nicht so stark, wie die Tatsache, daß sich das Prüfungsverfahren der bevorstehenden Generalinspektion auch mit Gebieten befaßt wird, die mit militärischer Rüstung auch nicht das Geringste gemein haben. Die deutsche Note an die Völkervereinigung, die Herr v. Hüsch vor einigen Tagen in Paris überreicht hat, läßt erkennen, worum es sich hierbei handelt. Turnen, Spiel, Sport, jene großen und harter Lebensadern deutschen Volkstums und ihre auflebenerregende Entwicklung, die sich während der letzten Jahre in Deutschland vollzogen hat, sind es, die von den Entente-Kommissionen scharf unter die Lupe genommen werden dürften. In welcher Form das geschehen wird, ist noch ungewiß. Daß dieses Kapitel der Generalinspektion aber einen weiten Raum im Rahmen der Kontrollmaßnahmen einnehmen wird, ist doch es wahrscheinlich das Hauptinteresse der Ententebeauftragten in Anspruch nimmt, steht ganz außer Frage. Weiß man doch heute in Paris und London nur zu genau, daß Deutschlands tatsächliche Rüstungen, das vorhandene Waffenmaterial, die Qualität und Menge der verfügbaren Kriegsmaschinen weit unter dem Durchschnitt der Rüstungen europäischer Kleinstaaten stehen und daß es dem Scharfblick der zahllosen offiziellen und inoffiziellen Späher der Weltmächte nicht entgangen wäre, wenn an irgend einer Stelle Deutschlands Rüstungsstücke oder Kampfflugzeuge konstruiert würden, die eine Ueberbretung der Versailles Bestimmungen darstellten. Von der Ueberlässigkeit einer solchen Kontrolle ist man am Quai d'Orsay wie im Koreign Office vollständig überzeugt.

### Verhandlungen im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete.

Berlin, 1. Juli. Im Reichstagsauschuß für die besetzten Gebiete wurde die Ausgewiesenenfrage behandelt. Seitens der Reichsregierung wurde betont, daß von den Ausgewiesenen höchstens 10 Prozent in ihre Wohnungen zurückkehren könnten, da der größte Teil ihrer Wohnungen von der französischen Militärbehörde beschlagnahmt und zur Unter-

### Beschlagnahme von Landgütern.

Berlin, 1. Juli. Nachdem die Franzosen seit 1920 eine ganze Reihe Landgüter im altbesetzten Gebiete zur Einrichtung von landwirtschaftlichen Schulen beschlagnahmt und die Besatzung weiterer Landgüter angeordnet haben, sind sie neuerdings dazu übergegangen, auch Landgüter im Einbruchgebiete wegzunehmen. In Studum bei Düsseldorf haben sie ein Gehöft nebst Wirtschaftsgebäude und etwa 30 ha besetztes Land als Unterrichtsland angeordnet. Weiter haben sie das Gut Hans Stede in Jette bei Nettwig mit etwa 70 ha Land zur Einrichtung einer landwirtschaftlichen Schule beschlagnahmt. Der Pächter hat das Gut in kürzester Zeit mit seinem gesamten Hausrat und wertvollen Viehbeständen räumen müssen. Das Gut Hans Stede ist der größte landwirtschaftliche Betrieb des Nettwiger Bezirks. Die Beschlagnahme muß daher auf die Ernährungsverhältnisse der dortigen stark bevölkerten Gegend äußerst schädlich wirken. Die reichswidrige Beschlagnahme von Landgütern im Einbruchgebiete zur Einrichtung von landwirtschaftlichen Schulen, also für auf lange Sicht gezielte Unternehmungen, beweist, wie wenig die Franzosen daran denken, diese Gebiete, entsprechend den Vorschlägen des Dawes-Gutachtens, zu räumen.

## Die ungeheure Geldnot des Reiches.

### Ein bedenkliches Interview des Reichsfinanzministers.

Berlin, 1. Juli. Der Berliner Vertreter des „Nieuwe Rotterdamchen Courant“ berichtet seinem Blatt über eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister Dr. Luther über die Finanzlage des Reiches. Die Unterredung verlief folgendermaßen:  
Frage: Aus dem letzten Reichsbankausweis hat das Ausland und wohl auch das deutsche Ausland vielfach die Ansicht gewonnen, daß die Finanzlage des Reiches außerordentlich günstig ist. Andererseits haben Sie, Herr Minister, vor einigen Tagen in einer Sitzung des Steuerausschusses des Reichstags die Ansicht dieser Finanzlage bekämpft. Wie erklärt sich dieser Widerspruch?

Antwort: Wie Ihnen wohl bekannt sein wird, gibt es zurzeit in Deutschland verhältnismäßig viel tägliches Geld. Ich unterstreiche dabei das Wort verhältnismäßig, weil ja das allgemeine Bild Deutschlands das einer ins ungeheure gestiegenen Geldnot ist. Für dieses tägliche Geld, das sich in den Banken sammelt, suchen die Banken naturgemäß eine kurzfristige Anlage und haben zu diesem Zwecke in steigendem Maße die Rentenmarkt-Schwarzwechsel des Reiches gern genommen. Viele Art der Gelddarlehne war insoweit durchzuführen, als eine vorläufige Finanzverwaltung auf die Unsicherheit der Finanzlage Rücksicht nehmen und deshalb einen notwendigen Betriebsfonds herzustellen mußte, solange damit gerechnet werden konnte, daß der Fonds, soweit er vom Reich nicht benötigt wurde, der Wirtschaft wieder zugute kam. In dem Umlauf, in dem diese Voraussetzungen nicht mehr antraten, hat das Reich die weitere Ausgabe von kurzfristigen Schwarzwechseln einstellen müssen.

Frage: Wie stellt sich denn nun unter den von Ihnen soeben entwickelten Gesichtspunkten die wirkliche Finanzlage des Reiches dar?  
Antwort: Der dem Reichstag kürzlich angelegte Haushaltsplan für 1924 weist einen Fehlbetrag von 470 Millionen Mark auf. Wenn das Reich trotzdem noch immer zahlungsfähig geblieben ist, so beruht das darauf, daß in dem seit dem 1. April laufenden Rechnungsjahre noch gewisse Beträge aus dem in den Wintermonaten erhobenen einmaligen Steuern und aus den Darlehen, die die Rentenbank gelegentlich dem Reich gegeben hat, entnommen werden konnten. Freilich stehen diesen Beträgen gegenüber die Aufwendungen, die das Reich, um seine Währung zu erhalten, für den Ankauf der Goldanleihe hat machen müssen. Andererseits ist das gesamte Ergebnis der Steuern in den ersten Monaten des Rechnungsjahres etwas günstiger gewesen. Nur dadurch und durch fortgesetzte Ausgabenreduzierung war es überhaupt möglich, bisher die Kassen zu tragen, die uns durch die immer noch andauernde Besetzung des Rhein- und Ruhrgebietes einschließlich der Vorkontrollen der dortigen Einkünfte u. a. m. noch immer angesetzt werden, obgleich im Sachverständigenratgutachten auf das deutlichste dargelegt ist, daß die deutsche Wirtschaft diese Kassen nicht aufzubringen vermag. Wie recht der Sachverständigenrat hierin hat, geht daraus hervor, daß die Kasse der deutschen Wirtschaft jetzt beginnt, wirklich verzweifelt zu werden.

Frage: Dann ist es aber doch nicht recht verständlich, daß das Reich in der Zwischenzeit sein Guthaben aus verkauften Rentenmarkt-Schwarzwechseln derartig hat answellen lassen?  
Antwort: Bei Beurteilung der Finanzverhältnisse Deutschlands muß man die Finanzlage und die augenblickliche Kassenlage genau auseinanderhalten. Aber auch die augenblickliche Kassenlage hat sich in der Zwischenzeit bereits erheblich verändert. Zudem muß ich darauf hinweisen, daß die im Reichsbankausweis genannten allgemeinen Zahlen nicht nur die Guthaben des Reiches, sondern die Guthaben aller anderen öffentlichen Körperschaften umfassen, also z. B. der Länder, der preussischen wirtschaftlichen Betriebe und dergleichen mehr. Das Guthaben des Reiches hat seinen Höhepunkt am 23. Juni mit etwa 450 Millionen Mark erreicht gehabt und ist seitdem so gesunken, daß es heute nur noch etwa 300 Millionen umfaßt. Dieser Abfall von rund 150 Millionen erklärt sich daraus, daß in der Zwischenzeit etwa 120 Millionen Rentenmarkt-Schwarzwechsel seitens des Reiches eingelöst worden sind, und das Reich auch im übrigen zur Deckung seiner laufenden Bedürfnisse 30 Millionen hat abgeben müssen. Die jetzt noch vorhandenen rund 300 Millionen setzen sich zusammen aus etwa 100 Millionen Mark Erlösen aus der Begebung kurzfristiger Rentenmarkt-Schwarzwechsel, aus 100 Millionen Forderung der Rentenbank, die ebenfalls kurzfristig ist, und aus einem Guthaben der Reichsbank (Betriebsfonds) von 10 Millionen. Der dann noch verbleibende Nettobetrag von etwa 90 Millionen ist als einziger Betriebsfonds für die innere Verwaltung mit rund 8 Milliarden Jahresumsatz völlig unzureichend, so daß auf seine dauernde Auffüllung durch kurzfristige Kredite gerechnet werden muß.

Frage: Dann ist es aber doch nicht recht verständlich, daß das Reich in der Zwischenzeit sein Guthaben aus verkauften Rentenmarkt-Schwarzwechseln derartig hat answellen lassen?  
Antwort: Bei Beurteilung der Finanzverhältnisse Deutschlands muß man die Finanzlage und die augenblickliche Kassenlage genau auseinanderhalten. Aber auch die augenblickliche Kassenlage hat sich in der Zwischenzeit bereits erheblich verändert. Zudem muß ich darauf hinweisen, daß die im Reichsbankausweis genannten allgemeinen Zahlen nicht nur die Guthaben des Reiches, sondern die Guthaben aller anderen öffentlichen Körperschaften umfassen, also z. B. der Länder, der preussischen wirtschaftlichen Betriebe und dergleichen mehr. Das Guthaben des Reiches hat seinen Höhepunkt am 23. Juni mit etwa 450 Millionen Mark erreicht gehabt und ist seitdem so gesunken, daß es heute nur noch etwa 300 Millionen umfaßt. Dieser Abfall von rund 150 Millionen erklärt sich daraus, daß in der Zwischenzeit etwa 120 Millionen Rentenmarkt-Schwarzwechsel seitens des Reiches eingelöst worden sind, und das Reich auch im übrigen zur Deckung seiner laufenden Bedürfnisse 30 Millionen hat abgeben müssen. Die jetzt noch vorhandenen rund 300 Millionen setzen sich zusammen aus etwa 100 Millionen Mark Erlösen aus der Begebung kurzfristiger Rentenmarkt-Schwarzwechsel, aus 100 Millionen Forderung der Rentenbank, die ebenfalls kurzfristig ist, und aus einem Guthaben der Reichsbank (Betriebsfonds) von 10 Millionen. Der dann noch verbleibende Nettobetrag von etwa 90 Millionen ist als einziger Betriebsfonds für die innere Verwaltung mit rund 8 Milliarden Jahresumsatz völlig unzureichend, so daß auf seine dauernde Auffüllung durch kurzfristige Kredite gerechnet werden muß.